

Kilian Franer

Politische Partizipation in Zeiten der Krise

„Wir sind Mediatoren, Moderatoren und Förderer im interreligiösen Dialog. Wenn wir rufen, sollen alle kommen -“¹

So war es in der Stellungnahme des König-Abdullah-Zentrums in Wien zu lesen. Kritik an diesem Zentrum und seiner Haltung hatte sich anlässlich der Auspeitschung des islamkritischen Bloggers Raif Badawi in Saudi-Arabien entzündet. Was dabei allerdings völlig in den Hintergrund geriet, ist das Verständnis von Mediation und deren Rolle im Gemeinwesen, die ihr so nebenbei zugewiesen wurde. Es ist ein völlig verfehltes. Denn ein konstituierender Wesenszug von jeglicher Mediation ist, dass sie auf Freiwilligkeit beruht und jedenfalls nicht von einem königlichen Zentrum absolutistisch verordnet werden kann. Und deshalb „rufen Mediatoren auch nicht, dass alle kommen“. Wer eine Mediation wünscht, kommt nicht nur von sich aus zu dieser, sondern muss dies auch tun, denn sonst ist, was unter diesem Titel stattfindet, alles Mögliche – vielleicht auch etwas Nützliches –, aber jedenfalls keine Mediation. Dieses Beispiel zeigt uns, wie leichtfertig mit dem Begriff Mediation auch im Gemeinwesen umgegangen wird und wie man hier versuchte diesen Begriff zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren. Gleichzeitig zeigt dieses Beispiel allerdings auch auf, dass der Begriff der Mediation positiv besetzt ist und man sich gerne auch in politischen Zusammenhängen mit ihm schmücken möchte. So gesehen ist es durchaus repräsentativ. Oft wird in den Medien von Mediation gesprochen, die gar keine ist, von Personen, die im Grunde sehr wenig Wissen über Mediation und deshalb mitunter sehr falsche Vorstellungen von ihr haben. Abgesehen davon, dass bezweifelt werden darf, dass im genannten saudischen Zentrum ausgebildete und qualifizierte GemeinwesenmediatorInnen tätig sind, denn diese hätten sich einer solchen Wortwahl in einer Aussendung wohl nicht bedient.

Ursprünglich war meine Intention, in dieser Publikation „technisch“ über die Funktionen und auch den politischen Nutzen von Umwelt- und Nachbarschaftsmediation und Partizipation von BürgerInnen zu erzählen. Daran hat mich allerdings ein wesentlicher Umstand gehindert: Die gegenwärtige politische Situation und die daraus entstandene Stimmung in Europa und in der Welt. Denn quasi vor unserer Haustür herrscht Krieg – nein Kriege. Und da ist es schon mehr als angebracht sich die Frage zu stellen, ist es legitim während tausende Menschen – Frauen, Männer, Kinder – unschuldige Opfer von Gewalt werden, alles verlieren und/oder Millionen auf der Flucht² vor dieser Gewalt sind, sich mit Details der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern – sagen wir – bei der Gestaltung der Oberfläche einer Straße zu stellen? Dem könnte man nicht ganz zu Unrecht entgegnen, es ist nicht das erste Mal, dass wir uns in Österreich in einer solchen Situation befinden. In den 1990er Jahre, waren Krieg und Gewalt noch näher an uns herangerückt. Unmittelbar an unserer Grenze fanden die Kämpfe, die mit dem Zerfall unseres Nachbarlandes Jugoslawien einhergingen, statt. Doch nein – die Kriege die in Europa und auch seiner Nachbarschaft stattfinden sind diesmal anders. Österreich war seinerzeit noch nicht Mitglied der Europäischen Union (damals Europäische Gemeinschaft), ebenso wenig die meisten anderen östlichen Nachbarstaaten. Die EU ist seither von 12 auf 28 Mitglieder

¹ <http://religion.orf.at/stories/2689667/> aufgerufen 25.01.15

² Flucht als Folge der Kriege um Europa, führen zu einer schweren innenpolitischen Belastung der Gesellschaften in denen die Flüchtlingsströme führen – sei es, weil die Fremden, die auch noch andere Lebensstile haben – an vielen Orten sehr viel mehr werden. Oder weil Uneinigkeit zwischen und auch innerhalb der europäischen Staaten darüber besteht, wie mit dieser Herausforderung umzugehen ist. Das Flüchtlingsproblem polarisiert jedenfalls die europäische Gesellschaft.

angewachsen und viele ihrer neuen Mitglieder haben sich auch der NATO angeschlossen. Die Europäische Union hat sich mit den Verträgen von Lissabon zu einer einheitlichen Außenpolitik verpflichtet. Was ganz wichtig dabei ist: Sie wird nach wie vor von der Einstimmigkeit der Staaten getragen und hat auf die Neutralität der einzelnen Länder – wie Österreich - auch Rücksicht zu nehmen, bzw. hat jedenfalls den Rahmen dafür eingerichtet, das tun zu können.

Noch ein wesentlicher Faktor ist seit den ersten europäischen Kriegen nach Ende des zweiten Weltkriegs in Jugoslawien bzw. seinen Nachfolgestaaten hinzugetreten: Die Finanz- und in ihrer Folge auch Wirtschaftskrise, die seit 2008 auf der Welt lastet und die nicht nur lähmend auf die Wirtschaft wirkt. Ihre Auswirkungen können gar nicht wichtig genug eingeschätzt werden und sind in ihren Einzelheiten noch gar nicht endgültig absehbar. Diese Krise hatte ihren Ausgang von den USA als so genannte „Sub prime-Krise“ begonnen. Vereinfacht gesagt, hat man dort anstatt politisch auf die Steigerung der Massenkaukraft durch entsprechende Einkommen und deren Erhöhung zu setzen, eine Politik der Massenverschuldung betrieben. Kredite wurden locker vergeben. Ohne einen solchen konnten sich viele kein Dach über dem Kopf leisten. Diese Kredite, die sich später als im hohen Maße als uneinbringlich erwiesen, wurden dann von „Verwertern“ aufgekauft, gebündelt, mit „guten“ Produkten so lange vermischt, bis die Verkäufer selbst den Überblick über den Inhalt ihrer geschnürten Pakete verloren. Diese wurden dann wiederum weiterverkauft usw. Doch 2008 war es dann soweit: Die ersten Banken in den USA krachten zusammen. Die größte davon war Lehmann Bros., die die damalige Bush II.-Administration in den Untergang gehen ließ (diese Bank hatte sich finanziell v. a. für die Demokraten bei Wahlen engagiert). Gerettet wurde hingegen Goldman Sachs, die Bank die v. a. traditionell die konservativen Republikaner des damaligen Präsidenten G. W. Bush unterstützt hat. Der darauf folgenden Obama-Administration gelang es jedoch, die Bankenkrise „über den Atlantik zu schieben.“ Zwar nicht einziges, aber Hauptinstrument dabei waren die Ratingagenturen. Neu an deren Instrumentalisierung war, dass man erstmals primär europäische Staaten – Mitglieder von EU und Nato, also vorgeblich befreundete Staaten - ins Visier nahm. Dieses zweifelhafte Privileg hatten zuvor nur Entwicklungs- bzw. Schwellenländer gehabt. Eine detailliertere Beschreibung der Entwicklung der Bankenkrise in Europa erspare ich mir. Wir haben sie alle erlebt und erleben sie ja noch immer, in Österreich angereichert mit dem „Lokalkolorit“ des Hypoalpeadria-Debakels. Ein wesentlicher Aspekt wurde dabei sichtbar: Die USA und Europa verfolgen im Grundsatz unterschiedliche Zielsetzungen. Ging es Obama bei Amtsantritt noch darum, einige wichtige Elemente des europäischen Sozialstaats auch in den USA einzuführen, musste er in seiner zweiten Amtsperiode scheinbar akzeptieren, dass er damit größtenteils gescheitert ist. Die Konkurrenz-Politik zwischen US-Dollar und Euro gewann Oberhand in seiner zweiten Amtszeit. Der Euro wurde als Konkurrenten des US-Dollars qualifiziert, nicht zuletzt weil sich etliche Staaten mit großen Volkswirtschaften mit der Überlegung trugen, etwa ihre Ölrechnungen nicht mehr in Dollars sondern in Euros zu fakturieren. Es zeichnete sich somit ein drohendes Ende des Dollarmonopols als globale Leitwährung ab, mit den entsprechend tiefgreifenden Auswirkungen nicht nur auf die US-Wirtschaft, sondern generell auf die Stellung der „letzten verbliebenen“ Supermacht in der Welt.

Die Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind fatal für die Länder (nicht nur) Europas und auch für Österreich. Denn es wurden und werden astronomische Summen aufgewendet, um das Finanzsystem zu stabilisieren. Geld das für andere Zielsetzungen nun fehlt und damit den politischen Spielraum der Regierungen und der Parlamente – und letztendlich somit der demokratischen Partizipation - drastisch einengt.

Im Zuge dieser Krise steigt nun die Arbeitslosigkeit in Europa kontinuierlich an und ein Ende dieses Problems ist leider nicht in Sicht. D. h. hier wird auf verhängnisvolle Weise die Kreiskysche Formel in ihr Gegenteil verkehrt, ein paar Milliarden mehr Schulden, würden weniger Grund zur Sorge sein, als ein paar tausend Arbeitslose mehr. Zurzeit steigen die Schulden **und** die Zahl der Arbeitslosen. Und dass (relativ) hohe Arbeitslosigkeit ein Problem für das gesellschaftliche Klima ist, stellt ja keineswegs eine neue Erkenntnis dar. Sie muss aber – wie es scheint – trotzdem immer wieder ins Bewusstsein gerufen werden.

Von den Sozialen Bewegungen und vom Bürgerkrieg

Die Krise zeitigte nun in verschiedenen Weltgegenden, zwar unterschiedliche, überall aber jedenfalls negative Folgen für sehr viele Menschen. In (Schwellen-) Ländern mit autoritären Regimes konnte bis dahin das System durch leidliche gute wirtschaftliche Verhältnisse für die Bevölkerungen stabil gehalten bleiben. Doch Krisenbedingt verschlechterte sich das und entwickelten sich somit zu einer Existenzbedrohung für viele. In Tunesien schlussendlich - ausgelöst von der Protestaktion der Selbstverbrennung eines Krisenopfers – erhoben sich die Massen gegen die bisherigen Machthaber. Man könnte sagen hier wurde die kritische Masse erreicht. Die Angst der Menschen um ihre eigene Existenz ist größer geworden, als die vor der Repression der Machthaber. Diese Bewegung „sprang“ – verbreitet durch TV und (gar nicht mehr so) neue Medien – auch auf Ägypten über und ging unter den Namen „Arabischer Frühling“ in die Geschichte ein; wobei mittlerweile schon von der „Arabellion“ gesprochen wird. „In Erwägung, dass wir der Regierung was sie immer auch verspricht, nicht trau'n haben wir beschlossen, unter eig'ner Führung uns nunmehr ein gutes Leben aufzubau'n.“ Mit diesem Zitat aus Bertolds Brecht „Lied der Kommunarden“ könnte man den ursprünglichen Impetus der Aufständischen in Tunesien und Ägypten charakterisieren.

Sozialen Bewegungen, auch die aktuellen, sind nur vor dem Hintergrund globaler historischer Zusammenhänge zu verstehen. Vor mehr als 30 Jahren wurde sowohl im Osten wie auch im Westen Europas Appelle veröffentlicht mit der Kernaussage: "Frieden schaffen ohne Waffen". Das war insofern neu, da auch im bis dahin „ruhigen“ damaligen Ostblock, sich plötzlich Regierungsunabhängig BürgerInnen für ihre Lebensbelange zu engagieren begannen. Dieses Lebenszeichen der neuen europäischen Friedensbewegung war spektakulär. Millionen Besorgter demonstrierten in ganz Europa für die atomare Abrüstung. Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs hatte sich bei vielen Menschen aller gesellschaftlicher Schichten Angst breit gemacht. Die Angst, dass die damaligen beiden Großmächte USA und UdSSR einen Atomkrieg in Europa austragen könnten. Besonders beängstigend wirkte damals für viele, die absurden und von SF-Filmen inspiriert erscheinenden Plänen des vormaligen Hollywoodschauspielers und nachmaligen Präsidenten der USA Ronald Reagan. Seine Konzepte des „Weltraumkriegs der Sterne“ vor allem aber, das des „begrenzten Atomkriegs“ in „the european theatre“, ließ den Verdacht aufkommen, dass hier zwei Fliegen mit einem Schlag getroffen werden sollten: Einerseits der alte Feind im Osten, andererseits aber die aufmüpfigen Westeuropäer, die sich daran machten Frieden mit ihren östlichen Nachbarn zu schließen und sich für Abrüstung einzusetzen. Ein Frieden, der auch versprach eine Dividende abzuwerfen und die Perspektive eines intensiven wirtschaftlichen Austauschs erschien sinnvoller, als das alte Modell des Kalten Krieges. Zumal sich im Osten Europas – etwa in Polen mit dem Entstehen der Solidarnosc, aber auch in Ungarn - schon zu Beginn der 1980er Jahre ein gewisser Umbruch abzuzeichnen begann, der 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer kulminierte. Reagans Politik wurde vor diesem Hintergrund als Drohung empfunden „atomare Schreckschüsse“ über die Köpfe der renitent-demokratischen Menschenmenge in Europa abzugeben.

Welche Entwicklung die Solidarnosc später nahm, steht quasi „auf einem anderen Blatt.“ Uns interessiert hier der Aspekt der Partizipation. Die regierungsunabhängige polnische Gewerkschaftsbewegung erscheint als ein eindrucksvolles Beispiel der „Spontaneität der Massen“ über die – die ja übrigens selbst polnisch stämmige - Rosa Luxemburg sagte: „Gebt uns die Spontaneität der Massen und wir werden die Revolution haben.“ Die Solidarnosc – als erste unabhängige Gewerkschaft in den vorgelichen „Arbeiter und Bauernstaaten“ des Ostblocks – war innerhalb eines einzigen Jahres, ausgehend von der Danziger Leninwerft, praktisch „aus dem Nichts“ entstanden und umfasste Ende 1980 bereits weit über eine Million Mitglieder in einem Land, dessen Medien zu dieser Zeit unter zentraler politischer Kontrolle standen. Eine solche Entwicklung war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa, aber auch weltweit, ohne Beispiel. Sie leitete eine Revolution ein, und zwar eine weitestgehend gewaltfreie und friedliche und damit den Umbruch des autoritären Systems des ehemaligen Sowjetblocks. Doch die Spontaneität der Massen ist nicht eindeutig. Sie hat nicht automatisch die Zielsetzung der Emanzipation von autoritärer Bevormundung oder für echte Demokratie. Das zeigt das Beispiel, der im Herbst 2014 entstandenen PEGIDA-Bewegung im Osten Deutschlands. Allen diesen Bewegungen liegt jedoch die Angst der BürgerInnen vor aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu Grunde, die als dazu geeignet erlebt werden, ihre Lebensverhältnisse dramatisch zu bedrohen.

Zurück nach Österreich: Auch hier war seinerzeit eine Bewegung für Frieden und Abrüstung entstanden. Das geschah innerhalb einer sehr kurzen Zeit. Und als einer, der bei der Geburtsstunde jener Friedensbewegung in Österreich mit dabei war und sie auch mit initiiert hatte, erlebte ich das Tempo mit dem sie wuchs, als atemberaubend. Nie hätte ich gedacht, dass in Österreich etwas derartiges so schnell an gesellschaftlicher Relevanz gewinnen könnte. Der Höhepunkt war die Demonstration der 150.000 auf dem Wiener Rathausplatz. Die politischen Parteien waren, wenn auch aus durchaus unterschiedlichen Gründen, genau so überrascht vom Erfolg dieses grassroots movements wie ich. Sie standen im wahrsten Sinn des Wortes daneben. Niemand in den etablierten Parteien hatte vermutet, dass so etwas – und noch dazu in einer derartigen Geschwindigkeit – möglich wäre. Man hatte ganz einfach kein Sensorium für wesentliche Stimmungsströmungen in der Bevölkerung.

Zum Glück gab es aber eine Gruppe damals junger Politiker, die die Zeichen der Zeit verstanden. Und so kam es, dass etwa Josef Cap – der einer der Hauptredner bei der Demo der 150.000 am Rathausplatz war – mit der bis heute noch größten Anzahl an Vorzugsstimmen ins Parlament gewählt worden war.

Viele Jahre gingen seither ins Land, der Eiserne Vorhang ist Geschichte, die damals jungen Wilden gehören zum „Establishment“ und halten keine Reden auf Großdemonstrationen von grassroots movements mehr. Und das Sensorium gegenüber Stimmungsströmungen in der Bevölkerung ist auch wieder ertaubt. Und so ergeht es dem Verhältnis von essentiellen und existenziellen Grundströmungen in der Bevölkerung und der Wahrnehmung im politischen Mainstream immer wieder: Letzterer hat eine ständige Tendenz zur Taubheit gegenüber den ersteren – aus vielerlei Gründen. „Die da oben“ halten die von „denen da unten“ geäußerten Sorgen oft für übertrieben oder auch für vorübergehende „Befindlichkeitsstörungen“. Zumal ihnen auch immer wieder von vielerlei ExpertInnen (deren Rolle mit der von LobbyistInnen nicht selten koinzidiert) versichert wird, dass das alles eigentlich ganz anders wäre und die Menschen da draußen eigentlich keine Ahnung hätten, was wirklich richtig und gut für sie wäre. Es wäre ja die ureigenste Aufgabe der Politik dem Richtigen zum Durchbruch zu verhelfen. Quasi in Umkehrung eines bekannten Otto-Bauer-Zitates: Lieber gegen die Massen recht behalten, als mit den Massen irren. Ursprünglich stammt es ja von Viktor Adler und war

doch deutlich differenzierter: „Wenn die Arbeiter den falschen Weg gehen, müssen wir mit ihnen gehen, um sie dann wieder auf den rechten Weg zu führen!“

Damit ist auch der schmale und schwierig zu begehende Pfad zwischen Populismus einerseits und Rechthaberei – oder überspitzt gesagt „Scheinaufgeklärtem Absolutismus“ – andererseits gewiesen. Diesen zu erkennen ist auch nicht ein für alle Mal gegeben. Irritierender Weise muss er immer wieder aufs Neue gesucht und erkannt werden. Nie bleibt allerdings erspart, das Sensorium für das Recht-behalten oder Irren der Massen ständig weiter zu entwickeln.

In den modernen Demokratien versucht man das mittels Demoskopie. Nicht nur alle Parteien, auch Medien, die etwas auf sich halten, beschäftigen Meinungs- und Marktforschungsinstitute, die ihnen sagen was die Menschen – angeblich – wollen. Aber auch dieses Sensorium ist gegen das erwähnte „Ertaubungssyndrom“ nicht gefeit. Immer wieder und immer mehr schleicht sich hier ein, dass die DemoskopInnen das liefern, was ihre AuftraggeberInnen gerne hören wollen, denn sie brauchen ja rasch wieder einen neuen Auftrag, um ihr Geschäft zu sichern.

Guter Rat ist hier im wahrsten Sinn des Wortes teuer.

Das Beispiel oben – die Friedensbewegung gegen den „Nachrüstungsbeschluss“ – ist nicht zufällig gewählt. Denn heute mehr als drei Jahrzehnte nach dem die Massen in Europa gegen die Kriegsvorbereitungen einiger weniger Mächtigen auf die Straßen gegangen sind, wird wieder laut über die Möglichkeit und – noch schlimmer – Legitimität von politischer Gewalt und Krieg als Ultima Ratio nachgedacht.

Der Neubeginn der sozialen Bewegungen gestaltete sich sehr hoffnungsvoll. Nachdem 2008 die Folgen, der von den USA ausgegangenen Finanzkrise praktisch den gesamten Globus mehr oder weniger stark erfasst hatten, entwickelte sich eine neue soziale Bewegung: ¡Democracia Real YA! (Echte Demokratie Jetzt!) war ein wesentlicher globaler Impuls für Graswurzelbewegungen. Sie hat sich selbst als überparteilich, friedlich, unideologisch, aber nicht apolitisch definiert. Fast zeitgleich ist die „Arabellion“ entstanden. Dies geschah ausdrücklich mit Bezug auf die Besetzung des Tahrir-Platzes in der ägyptischen Hauptstadt Kairo während des sog. Arabischen Frühlings. Occupy Wall Street war ab Oktober 2011 die größte Protestbewegung in Nordamerika, angeregt durch die sich rasch verbreitenden weltweiten Aufrufe im Internet im Zuge der Proteste. Die Occupy Bewegung etablierte sich sehr rasch in vielen Ländern – insbesondere in der OECD.

Auch in der Türkei entstand die dortige Occupy Bewegung anhand der Geschehnisse wegen der drohenden Verbauung des Gezi-Parks, wo sich der Machthaber über geltende (Bau-) Gesetze hinwegzusetzen versuchte und damit eine gewaltige Protestwelle auslöste. Sie führt quasi zu einer Systemkrise, die das gesamte Land erfasst hatte. Hier gingen die Sicherheitskräfte mit bemerkenswerter Brutalität gegen die Protestierenden vor. Letztlich wurde die Protestbewegung von der Staatsmacht niedergeschlagen. Das zu erwähnen erscheint mir nicht, als ein Ausflug in „exotische Gefilde“, denn hierzulande leben ja sehr viele türkischstämmige Menschen und nicht nur sie bewegt(e) diese Entwicklung sehr. Es hat sich ja beispielsweise im Zuge des Gaza-Kriegs 2014 gezeigt, dass es auch in unserem Land etliche gab, die sich vorgeblich als Moslems mit dem Anliegen der Palästinenser nicht nur identifizierten, sondern etwa bei einem Fußballmatch diese Identifikation in Gewalttätigkeit gegen israelische Fußballer eskalierte.

Doch vornehmlich mit dem Aufpoppen dessen, was man in Libyen für den Arabischen Frühling hielt, kippte die Dynamik in eine andere Richtung. Hatten zuvor alle diese Bewegungen ein wesentliches gemeinsames Merkmal, die Gewaltfreiheit, eskalierte die Situation im bis dato Gaddafi-Land. Die Einmischung von außen – ob legitim oder nicht – war unübersehbar und goss noch mehr Öl ins Feuer. Den zuvor hofierten Langzeitdiktator war man zwar losgeworden (ihm wurde nie ein Prozess nach rechtsstaatlichen Regeln gemacht, er wurde einfach erschossen), aber das Land hat bis heute zu keiner Stabilität gefunden und die verschiedenen konkurrierenden Gruppierungen haben sich nach wie vor in einem blutigen Bürgerkrieg ineinander verbissen. Man kann sagen, dass es den meisten Menschen dort jedenfalls nicht besser als im Ancien Régime geht.

In Syrien tauchte auch etwas auf, dass oberflächlich betrachtet ähnlich aussah wie der Arabische Frühling in den anderen Ländern. Aber während diese Bewegung in Tunesien und in Ägypten überwiegend mit friedlichen Mitteln gegen die autoritäre Staatsgewalt protestierte, versuchte die Opposition in Syrien das nicht einmal ansatzweise. Von Anfang an wurde sie von außen nicht nur unterstützt – was ja an sich legitim ist, wenn es um die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten geht – sondern es wurden Waffen geliefert und zum Bürgerkrieg angestachelt. Dieser hat die gesamte Region in ein blutiges Chaos gestürzt und hält bis heute noch an. Seine Folgen sind am Tag an dem ich diese Zeilen schreibe noch unabsehbar, gegenwärtig ist praktisch die halbe Bevölkerung Syriens auf der Flucht. Unter anderem hat die Destabilisierung dieses Landes die Etablierung der (zuerst) ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) zur Folge, die sich nun nur mehr IS (Islamischer Staat) nennt und die das konträre Gegenteil von Demokratie und Menschenrechten – der ursprünglichen Zielsetzung des Arabischen Frühling und der Occupy Bewegung – praktiziert. Ohne die Intervention und die Instrumentalisierung der oppositionellen Strömungen gegen den despotisch herrschenden Assad von außen, wäre diese Entwicklung überhaupt nicht, jedenfalls nicht in diesem erschreckenden Ausmaß möglich gewesen. Die Destabilisierungstendenze wirken bis tief hinein in die Staaten der Europäischen Union, in denen, wie bereits oben angesprochen, der Umgang mit dieser Flüchtlingswelle polarisiert. Entscheidend angefacht wurden die Emotionen noch durch die Anschläge von Paris, auf die „Charlie hebdo“ Redaktion und den jüdischen Supermarkt.

Besonders tragisch zeichnet sich auch die Entwicklung ab, die in Kiew am Maidan-Platz begann und der in Europa und den USA vorerst große Sympathie entgegengebracht worden ist. Doch auf die Besetzung des Zentralen Platzes der Hauptstadt der Ukraine mischten sich bald schrille Töne der Gewalt. Scharfschützen unbekannter Provenienz tauchten auf und töteten scheinbar wahllos Menschen. Die einzelnen Konfliktparteien beschuldigten sich gegenseitig dafür verantwortlich zu sein. Was zu Beginn noch den Charakter eines fröhlichen Volksfestes hatte, glitt zunehmend in die Atmosphäre der Angst und schließlich in den Bürgerkrieg. Auch hier kam es immer wieder zur Einflussnahme von außen und zu einer Funktionalisierung der Protestbewegung. Wegen der angeblichen oder wirklichen Diskriminierung der russischstämmigen Bevölkerung beschloss das lokale Parlament der Krim sich von der Ukraine loszulösen und an Russland – zu der die Halbinsel bis 1957 und der Schenkung Nikita Chruschtschows gehört hatte – anzuschließen. Dazu wurde auch ein Referendum abgehalten, dass aber von der internationalen Staatengemeinschaft (wer oder was immer das auch sein mag) nicht anerkannt worden ist. Schließlich führte dieser Konflikt zur gefährlichsten Verschärfung des internationalen Klimas seit Ende des alten Kalten Krieges.

Zusammenfassend stellt sich die Frage: Irrten die Massen in Tunis, Kairo, Istanbul, Kiew oder wo sonst noch die Hot Spots dieser Bewegungen waren?

Eine unerwartet dramatische Wendung nahm auch die „Arabellion“ in Ägypten. In deren Folge fanden dort demokratische Wahlen statt. Das Ergebnis erschien vielen in der westlichen Welt als sehr unbefriedigend. Hatten doch die Moslembruderschaften diese gewonnen. Die Folge war ein Militärputsch und eine blutige Verfolgung der Anhänger der Wahlsieger. Das Vertrauen in die Demokratie konnte damit sicherlich nicht gestärkt werden – das Gegenteil ist der Fall. Offenbar ging und gehen hier weltpolitischen Machtüberlegungen vor Ergebnisoffene demokratische Partizipation. Auch wenn man mit den politischen Zielsetzungen derjenigen, die durch einen demokratischen Prozess an die Macht gekommen sind, keineswegs teilt oder teilen muss: Solange gewährleistet ist, dass sie bei der nächsten Wahl durch einen demokratischen Machtwechsel wieder in die Opposition geschickt werden können, ist ein auch unerfreuliches Wahlergebnis zu akzeptieren. Unter den genannten Voraussetzungen ist dieses sicherlich das kleinere Übel als eine Militärdiktatur. Denn solche repressiven Machtverhältnisse führen letztlich zur (Gegen-) Gewalt und unterminieren die Entwicklung demokratische Prozesse, zumal in einem Schlüsselland, wie es in Ägypten ist. Damit ist die Enttäuschung auch in anderen Ländern groß, wo sich Millionen eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse durch eine Revolution für Demokratie erwartet hatten. Das führt letztlich auch zu Perspektivlosigkeit und für die despotischen „antiwestlichen“ Kräften ist es dadurch sehr viel einfacher, Demokratie als einen „Schwindel des Westens“ zu desavouieren. Gegen Wahlen, öffentliche Debatte, Meinungsfreiheit, Bürgerrechten, Rechtsstaat, Gleichberechtigung der Geschlechter etc. wird religiöser und/oder nationalistischer Fanatismus und letztendlich Gewalt gesetzt. Der Traum von der demokratischen Revolution scheint damit fürs erste ausgeträumt, so traurig die beschriebenen Konsequenzen auch sein mögen.

Dramatisch ist das aber nicht nur unter einer Betrachtung von „denen dort“, denn was wir hier erleben ist „Weltinnenpolitik“, wie der Soziologe Ullrich Beck formuliert hat.

Masse und Macht

Nicht nur die Flüchtlingsfrage spaltet unsere europäischen Gesellschaften, sondern auch die Gewaltfrage. Nicht nur, aber besonders, mit Pegida, werden die mühsam errungenen Grundfreiheiten in Frage gestellt: Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, die Freiheit den eigenen Lebensstil wählen zu dürfen. Auch die mit der EU errungene Reisefreiheit wird in Frage gestellt. Was wir erleben erinnert fatal an die Atmosphäre der Hexenjagden. Elias Canetti schrieb darüber in „Masse und Macht“. Massen sind demnach vielfältig und nicht immer real. So gesehen hat Canetti vorausblickend das vorweggenommen, was wir heute als „Social Media“ im Internet bezeichnen. Seine Masse-Untersuchung dehnt er auf imaginäre „kollektive Einheiten aus, die nicht aus Menschen bestehen und dennoch als Masse empfunden werden“. Er vertritt die Meinung, dass die Masse an sich nicht existiert. Sie ist entweder tödlich als „Hetzmasse“, oder lebensbejahend als „Festmasse“ bzw. sie flieht vor äußeren Gefahren als „Fluchtmasse“, oder erhebt sich auch als „Umkehrungsmasse“ revolutionär gegen bestehende Unterdrückung. Man kann sagen: All diese Phänomene erleben wir in weiten Regionen der Erde gleichzeitig. Wir erleben in der Destabilisierung der Nachbarschaft Europas, die Umkehr der sozialen Revolutionen in Bürgerkriege, deren Parteien im Wesentlichen für ausländische Regierungen/Mächte kämpfen und von ihnen initiiert wurden bzw. finanziert werden. Die dabei hochgehaltenen Ideologien oder Religionen erscheinen hier eher als „Spielgeld“ und letztlich sogar als austauschbar. Die Geister die man rief, wird man nun nicht mehr los. Das zeigt sich nicht nur bei den Taliban in Afghanistan, sondern noch viel mehr bei der IS in Syrien und im Irak. Auch der Gaza-Krieg hatte ein Ansteigen des Antisemitismus' einerseits und Antiislamismus' andererseits in Europa zur Folge; beides ist letztlich als Kehrseite ein und derselben Medaille zu betrachten.

Das alarmierend Neue daran ist die Gewalt, zu der das nun auch in Europa in bereits einem Ausmaß geführt hat und die Polarisierung der Bevölkerungen, die man bis vor kurzen für nicht möglich gehalten hätte. Denn zwei Tendenzen laufen diametral gegen Demokratie: Der Krieg außen, führt nicht nur zu Terroranschlägen im „Inneren“, sondern als Reaktion darauf auch zu einer Militarisierung von Bereichen, die zuvor noch zivilen Behörden vorenthalten waren. Das zeigen die jüngsten Ereignisse in Frankreich, wie auch in Belgien und anderen Ländern. Sogar in Wien hat die Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks einen „Assistenz-Einsatz“ des Militärs gefordert, um die Sicherheit der BesucherInnen einer Ballveranstaltung gegenüber DemonstrantInnen sicher zu stellen. Und es ist auch der Autoritarismus, der schleichend und quasi durch die Hintertür wieder zurückkehrt. Unter dem Eindruck von Gewalt, „verbietet“ sich Diskussion. Militärische Logik verlangt „rasche und entschlossene“ Entscheidungen, der Autoritäten. Fragen, Zweifel, Diskussionen und dergleichen erscheinen in diesem Zusammenhang nicht nur unangebracht, sondern nachgerade als Gefahr für das Gemeinwesen. In Zeiten der Bedrohung, müssen sich alle hinter den Führern versammeln und ihnen widerspruchslos folgen. Das ist die Logik des Militärs und des Krieges. Und nicht die der Demokratie und Partizipation. Ohne die entsprechende Gefühlslage in der Massenpsychologie, wäre diese unkritische Unterwerfung kaum möglich, d. h. ohne hinreichende Angst gibt es die entsprechende Massenloyalität, oder auch den Gehorsam den - diese Emotionen schürenden und aufpeitschenden - Meinungsführern gegenüber nicht.

Vom Sein und Bewusstsein

Da das Sein das Bewusstsein bestimmt, wie Karl Marx seinerzeit richtig erkannt hatte, muss der Blick auch eben auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen gerichtet werden, die für diese Radikalisierung offenbar erst den Resonanzboden bieten. Die Angst (nicht nur) in Europa ist bei vielen in den letzten Jahren stark gewachsen. Und zwar so stark, dass diese Gefühlslage droht die Vernunft in den Hintergrund zu drängen. Das zeigte sich nicht nur schon bei der Diskussion, wie man sich gegenüber Russland in der Ukraine-Krise verhalten sollte, sondern auch – wie erwähnt - etwa im Zuge der islamistischen Anschläge und auch der Pegida-Demonstrationen. Die Menschen haben nicht nur Angst, vor den gegenwärtigen Verhältnissen, sondern auch vor der Zukunft. Viele wissen nicht wie es für sie und auch für ihre Kinder weiter gehen soll. Die vorherrschende Politik hat keine Angebote mehr für sie. Und längst hat diese Vertrauenskrise nicht nur die Politik und ihre Akteure erfasst, sondern ebenso auch die Medien. Man glaubt fast niemandem mehr. Zu oft wurde man schon enttäuscht und es wurde nie besser, sondern praktisch immer nur schlechter. Jedenfalls gilt das für eine ganze Generation. Die Generation zuvor hatte noch eine diametral entgegengesetzte Entwicklung und ein dieser entsprechendes gesellschaftliches Klima erlebt. Freilich Vollbeschäftigung, Hochkonjunktur und „Wirtschaftswunder“ wurde abgelöst von „Generation Praktikum“, Studienzugangsbeschränkungen und Arbeitslosenzahlen, die langsam aber stetig auf immer neue Rekordwerte steigen. Das macht existenzielle Angst und droht die Gesellschaft zu vergiften. Solidarität war gestern, „rette sich wer kann“ ist heute. Was wir gegenwärtig erleben ist kein Glaubensweltbürgerkrieg, sondern gewalttätige Verwerfungen vor dem Hintergrund des weltweiten – immer weiter abstürzenden - Elends und der damit verbundenen sich abzeichnenden Aussichtslosigkeit auch der (gerade noch) über ausreichendes Einkommen verfügenden Mittelschicht. Diese fühlt sich – wie schon Wilhelm Reich in der „Massenpsychologie des Faschismus“ beschrieben hat - von der Proletarisierung bedroht.

Vom Dasein als KonsumentIn

Jedoch nicht nur in der Sphäre des Politischen entzündeten sich Konflikte im Gemeinwesen. Was die Wirtschaft betrifft, kann diese ja durchaus als „Unterbau“ des - dann so gesehenen - politischen „Überbaus“ betrachtet werden. Jedenfalls werden in unserer Gesellschaft beide Sphären weitestgehend getrennt gedacht, jedenfalls aber dargestellt. Dieser Trennung folgt auch die sogenannte Wirtschaftsmediation. Eine Gesamtuntersuchung der gängigsten Konfliktlagen in der Wirtschaft in Allgemeinen, würde den Umfang meines Textbeitrags bei weitem sprengen. Deshalb blende ich etwa den sehr wichtigen Bereich der Arbeitswelt aus und beschränke ich mich auf die Betrachtung eines weiterhin unbeackerten Konfliktfelds – dem der KonsumentInnen.

Die Macht der KonsumentInnen als Marktakteure „ohne die nichts geht“, wird in den letzten Jahren oft thematisiert. Im Hintergrund steht der mit-konnotierte Zusammenhang zwischen Demokratie und freier Marktwirtschaft. Wir alle beeinflussen demnach mit unseren Kaufentscheidungen (oder Nicht-Entscheidungen) letztlich die gesellschaftlichen Verhältnisse, sei es was die Naturressourcen, die „Terms of Trade“ oder auch die Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen betrifft. Rein theoretisch betrachtet ist das sicher zutreffend. Doch der Teufel steckt – wie immer – im Detail. Und in unsere Rolle als KonsumentInnen sind viele „kleine“ Teufel, in vielen mehr oder weniger kleinen oder großen Details „eingebaut“.

Da hätten wir einmal den Aspekt der Transparenz des Marktes. Ein freier Markt kann nämlich nur dann funktionieren, wenn die Marktteilnehmer insbesondere die KäuferInnen, über die wesentlichen Informationen, wie Preise, Beschaffenheit von Waren und Dienstleistungen, Qualität, Verfügbarkeit etc. bescheid wissen bzw. solche Informationen unkompliziert und ohne größeren Aufwand zur Verfügung stehen. Dafür gibt es in Österreich die Preisauszeichnungspflicht und auch seitens der EU gibt es Regelungen, beispielsweise für Käufe im Internet. Doch als KonsumentIn muss man in den letzten Jahren auf allen Ebenen verstärkt eine Tendenz feststellen, dass diese Gesetze und Verordnungen zunehmend ignoriert oder umgangen werden. Dabei wurden große Hoffnungen in das Internet gesetzt, denn dieses würde ja eine völlige Transparenz des Marktes und die Verfügbarkeit der für Kaufentscheidungen relevanten Informationen in Echtzeit ermöglichen – eine Situation, die historisch vollkommen neu ist. Doch mittlerweile hat sich herausgestellt, dass das nur sehr beschränkt der Fall ist. Viele größere – v. a. internationale - Unternehmen scheinen Heerscharen von Profis zu beschäftigen, die darauf spezialisiert sind, Websites und Angebote im Netz so zu gestalten, dass es vielfach für potenzielle AbnehmerInnen unmöglich oder nur sehr erschwert möglich ist, Vergleiche von Angeboten zu erstellen. Aber nicht nur im Netz ist das so, sondern auch im „wirklichen Leben“ muss man feststellen, dass es immer mehr Unternehmen – vor allem solche mit einem chic-zeitgeistigen Image - mit der Preisauszeichnungspflicht nicht besonders genau nehmen. D. h. die BürgerInnen, in ihrer Rolle als VerbraucherInnen, sehen sich zunehmend einer Intransparenz des Marktes gegenüber.

Besonders unfreundlich gegen die zahlenden EndabnehmerInnen verhalten sich bekannte Marken bei Smartphones, Tablets, aber auch die Internet-Giganten wie Google oder Facebook. Sie setzen sich oft über gesetzliche Regelungen hinweg. Wer nicht sehr, sehr oft am Computer bei „Ich akzeptiere“ auf vielen Seiten, die oft nicht einmal auf Deutsch vorliegen, ein Häkchen setzt, der ist praktisch vom Internetverkehr ausgeschlossen. Früher bzw. in anderen Zusammenhängen nannte oder nennt man so etwas Knebelvertrag, da die KundInnen vom Anbieter-Oligopol praktisch zur Zustimmung genötigt werden. So viel klagen können die „kleinen Leute“ gar nicht bei Gericht, dass die Quasi-Monopolisten nicht am längeren Ast sitzen würden. Dass sie „nebenbei“ noch mit Überwachungsbehörden und Geheimdiensten in rechtlichen wie informationellen Grauzonen kollaborieren, ist da „nur mehr“ der Kollateralschaden im Hintergrund. Niemand fragt ernsthaft, welche zukünftigen Features sich Kon-

sumentInnen für ihre Geräte oder ihre Software wünschen würden. Das glauben grundsätzlich die EntscheidungsträgerInnen in den zeitgeistigen Firmen selbst am besten zu wissen. Die KonsumentInnen werden auf die Rolle der ZahlerInnen reduziert. Mitsprache bei Entscheidungen über die Entwicklung von Soft- und Hardware ist nicht vorgesehen. Es scheint so, als ob man die Menschen als zu unmündig dafür betrachten würde. Und so kommt es, dass wir allerlei Schnickschnack auf unseren Computern und Handys haben, nützliche und einfache Funktionen, aber immer öfter stillschweigend verschwinden. Zusätzlich wird bei jedem neuen „Release“ die Benutzeroberfläche so umorganisiert, dass es den meisten von uns möglichst schwer gemacht wird, sich aufs Neue zurechtzufinden. Hier scheint die Logik der Warenpräsentation in den Supermärkten Pate gestanden zu haben: Diese werden immer wieder umgeräumt, damit die KundInnen immer wieder neu suchen müssen und dabei über Waren „stolpern“, denen sie sonst keine Beachtung geschenkt hätten. Und das eine oder andere landet dann im Einkaufswagen und steigert so den Umsatz – geplante systematische Intransparenz könnte man das nennen.

Ein ähnliches anderes Faktum, das das KonsumentInnenleben erschwert, ist die geplante Obsoleszenz. Diese hat aber im Gegensatz zur erwähnten geplanten systematischen Intransparenz, es in letzter Zeit bereits zu einer gewissen medialen Prominenz gebracht. Allerdings treten diese beiden Negativphänomene wohl nicht zufällig häufig auch gemeinsam auf. Wenn etwas – wofür man durchaus tief in die Tasche greifen muss – nicht funktioniert, dann ist eine Beschwerde darüber naheliegend. Der Trend bei vielen Firmen sich gegen die Kommunikation mit den KundInnen abzuschotten ist nicht zu übersehen. Was erstaunt, ist die immer neue Formen annehmende Kreativität der dabei angewandten Methoden und Techniken: von rechtswidrigen stark kostenpflichtigen Telefonnummern, über solche, wo man unendlich lang in einer Warteschleife hängt und nur mit einem Computer sprechen kann, bis ausschließlichen Kontakt per Webformular, auf das kaum jemand antwortet. Die Methoden sind so vielfältig, wie ärgerlich für die KonsumentInnen. Würden Unternehmen dieselbe Energie in Maßnahmen zur Steigerung der Kundenzufriedenheit investieren, gäbe es vermutlich fast nur mehr Zufriedene.

Was könnten KonsumentInnen nun tun, um als Marktakteure korrigierend einzugreifen? Sie könnten sich zusammenschließen und in konzertierten Aktionen versuchen zumindest die schlimmsten Auswüchse zu korrigieren. Das setzt allerdings zumindest zweierlei voraus: Die Erkenntnis gemeinsame Interessen zu haben und Trennendes hintanzustellen – altmodisch auch Solidarität genannt – und die Möglichkeit Öffentlichkeit zu schaffen. Letzteres ist trotz Internet, Facebook etc. schwieriger als es auf dem ersten Blick erscheint. Denn nach wie vor dominieren die Medienunternehmen die Öffentlichkeit in unseren Gesellschaften. Das betrifft nicht nur TV, Radio und Print, sondern durchaus auch das Internet bzw. dessen Foren. Natürlich können KonsumentInnen versuchen sich selbst eine Öffentlichkeit – sagen wir via Facebook oder Twitter – zu verschaffen. Freilich hier schließt sich der Kreis zur oben angesprochenen „Arabellion“, denn diese war nicht – wie wir allzu oft zu hören bekamen – eine Facebook/Twitter-Revolution, sondern der Hauptinformationskanal, der diese erst ermöglichte, war das TV und hier allen voran Al Jazeera. Und natürlich die Solidarität und physische Anwesenheit bei Protesten. Für KonsumentInnen ist es also nicht viel weniger mühsam, Aktionen gegen übermächtige Konzerne zu organisieren als in Vor-Internet- und Handy-Zeiten. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Konzerne präsumtive oder tatsächliche Werbeauftraggeber sind, mit denen man es sich in den Medien nicht verscherzen möchte. Unmöglich ist es natürlich nicht für berechnete KonsumentInnenanliegen in der Öffentlichkeit die begehrte Ressource Aufmerksamkeit zu erlangen, ohne die bekanntlich nichts geht. Was nicht in den Medien ist, ist nicht. Aber der Aufwand für das

Einzelindividuum ist ein erheblicher und da die Gründe für solche Aktionen buchstäblich täglich mehr und größer werden, ist das ein Unterfangen, das für Einzelne – sofern sie nicht reich sind und sich Medienöffentlichkeit kaufen können – schlicht zu groß. Und diese Erkenntnis ist nicht nur vielen KonsumentInnen klar geworden, sondern hat sich natürlich auch in den Konzernzentralen (als vermutlich nicht ungewollter Effekt) durchgesprochen.

Es gibt sie, die KonsumentInnenvertretungen. Waren diese bis vor kurzen in Österreich sozialpartnerschaftlich organisiert, sind sie es jetzt seit Ausstieg der Unternehmenseite nicht mehr. Das hat nebenbei auch zur Ausdünnung der Finanzen geführt. Bedauerlicher Weise kann man als Einzelperson beim der wichtigsten Interessenvertretung, dem Verein für Konsumenteninformation, nicht Mitglied werden. Der Zugang zum wichtigen Rechtsinstrument Verbandsklagsrecht wegen unlauteren Wettbewerbs, ist hierzulande nur wenigen Privilegierten – Konkurrenzfirmen oder eben dem VKI - zugänglich. Selbst wenn sich viele tausende zusammenschließen, das Recht bliebe ihnen verwehrt.

Ich möchte nicht verschweigen, dass es auch partielle Erweiterungen von KonsumentInnenrechten durch die EU gibt; diesen steht allerdings eine ständige Erosion im Alltag gegenüber. Leider muss man feststellen, dass diesbezüglich die Rückschritte, die Fortschritte deutlich überwiegen. KonsumentInnen sind hierzulande praktisch nicht organisiert. Und nicht zuletzt deshalb, kann man durchaus von einer schleichenden Entmachtung der KonsumentInnen sprechen. Von einer „Waffengleichheit“ zwischen Unternehmen und KonsumentInnen sind wir weit entfernt. KonsumentInnenmitbestimmung – also Partizipation in diesem Bereich - ist nicht, ebenso wenig wie Mediation. Was da und dort existiert, sind Schlichtungsstellen oder Ombudsleute. Die KonsumentInnen selbst spielen bei den so häufig auftretenden Konflikten eine untergeordnete Rolle. Was von ihnen in den Medien neuerdings häufig verlangt wird: Sie sollen nicht so viel wegwerfen. Mit erhobenen Zeigefinger und Moralinsauren Vorträgen wird die Schuld an den großen Mengen von Lebensmitteln, die im Müll landen, den VerbraucherInnen zugewiesen. Doch niemand hat sie je gefragt, ob die Packungsgrößen, die im Supermarkt verfügbar sind und deren Preisrelationen, ihren Bedürfnissen entsprechen. Daher kommt es oft vor, dass man vom Preis-Leistungs-Verhältnis her als KonsumentIn besser fährt, eine größere Packung zu kaufen; bei stetig abnehmender Größe der Haushalte, die auch den Unternehmen nicht verborgen geblieben ist. Die Konsumententscheidung über den sogenannten freien Markt, wird somit soweit hintertrieben, dass man sie als praktisch ausgeschaltet bezeichnen kann.

Die bezüglich der KonsumentInnen-Partizipation gewählten Beispiele sind zugegeben willkürlich. Aber ich hoffe sie genügen, um aufzuzeigen, dass die vielgepriesene „Macht der KonsumentInnen“ ein Phantasma ist, das zu erreichen noch ein weiter und Dornenreicher Weg zurückzulegen sein wird. Jedenfalls existiert hier ein sehr großes, aber leider – mangels Voraussetzungen – brachliegendes Feld für Partizipation und auch Gemeinwesenmediation.

Prinzip Gewaltfreiheit

Ich habe hier viele Aspekte vorgetragen, die bedrückend erscheinen, ja sogar dazu geeignet sind Angst zu machen. Angst ist die wesentlichste Triebkraft für Aggression und somit für zwischenmenschliche Konflikte. Andererseits: Es gibt die Sehnsucht der Menschen nach einem Leben ohne Angst. Die Gewaltfreie Kommunikation (Marshall Rosenbergs³) ist ein fruchtbarer Ansatz, der ausgehend von der Analyse der eigenen Gefühle zur Übernahme für die Verantwortung dieser führen soll. Unbestritten ist, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, wie die Kommunikation gestaltet wird,

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Marshall_B._Rosenberg

wenn sich Menschen von Angesicht zu Angesicht begegnen. J. Habermas⁴ spricht hier vom Herrschaftsfreien Dialog. Faktoren die dem entgegenwirken, gibt es leider nur allzu viele: Wie können Menschen sich öffnen und ohne zu taktieren, von ihrer Lage sprechen, wenn vieles was dabei zum Vorschein kommen würde, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gegen sie verwendet werden würde? Hier helfen die besten Spiegelneuronen nicht. Noch dazu wo wir in einer Welt leben, wo es immer schwieriger zu sein scheint, ein Dasein zu führen, das allen Vorschriften und Gesetzen entspricht. Leider sind das Faktoren, die der sehr ursprünglichen und grundlegenden Sehnsucht der Menschen nach Harmonie im Wege stehen. Oft wird von ExpertInnen, wie auch von JournalistInnen und PolitikerInnen Partizipation von BürgerInnen und Mediation idealisierend, als der selbstverständliche kommende Trend angepriesen, ohne die Faktoren zu benennen, die dem im „echten Leben“ entgegenstehen. Diese zu bearbeiten gilt es m. E. zentral.

Auf eine Variante von Partizipation möchte ich hier noch der Vollständigkeit halber zu sprechen kommen, die von der Community in der Regel nicht thematisiert wird. Beim Ö1 Radiokolleg „Partizipation bei Planungsprozessen - Die Praxis der Bürger/innenbeteiligung“ in der Kalenderwoche 03/2015 wurde sie angesprochen: Die – mehr oder weniger – freiwillige, das heißt unbezahlte, Arbeit von BürgerInnen für das Gemeinwesen. M. E. entspricht das einem sehr traditionalistischen, eher autoritär-paternalistischen Verständnis von Teilhabe am Gemeinwesen, denn die Grenzen wo Freiwilligkeit aufhört und der psychologische Druck, dem sich die/der Einzelne nicht entziehen kann, sind fließend. Nicht zu Unrecht sind solche Formen nichtbezahlter Tätigkeiten vielen Menschen suspekt, stehen sie doch in der Tradition herrschaftlicher Frondienste. Auch in der DDR gab es noch solche „freiwilligen“ Dienstleistungen, über deren Verrichtung der Haugemeinschaftsleiter wachte. Die Grenze zu dem, was in konservativen Kreisen unter „Bürgerarbeit“ firmiert, ist offen.

Was tun?

All das bildet die Kulisse, vor der wir heute über politische Partizipation, BürgerInnenbeteiligung und Mediation im Gemeinwesen sprechen. Ist das Bild das ich hier gemalt habe zu pessimistisch? Bedeutet das alles nicht, dass Partizipation und BürgerInnenbeteiligung immer unmöglicher wird? Nicht unbedingt. Zum Glück gibt es auch einige – wenn auch wenige – Modelle, die uns zeigen wie partizipative Bewältigung auch autoritativer und gewalttätiger Verhältnisse gelingen kann. Ein solches Modell stellen Südafrikas „Wahrheitskommissionen“ dar, das auch in deren praktischer Anwendung, wie kaum ein anderer erfahrener Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu für verschiedene Konfliktzonen dieser Erde anbietet; so etwa auch zur Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern. Wie ich meine, lohnte es sich, dieses Modell zu studieren, besonders unter dem Gesichtspunkt, was wir im Westen oder besser gesagt Norden, daraus lernen können. Es stellt auch einen vitalen Gegenpol dar, zu dem was man hierzulande mitunter an „schönwetterdemokratischen BürgerInnenräten“ und dergleichen anbietet. Diesen wird nicht zu Unrecht vorgeworfen, dass sie für Manipulationen anfällig sind. Was für die gegenwärtig politische Atmosphäre verheerende Auswirkungen haben kann. Denn damit kann das Vertrauen in einer der wenigen Instrumente der Politik, die ein solches noch genießen – die direkte Mitsprache der BürgerInnen – nachhaltig ausgehöhlt werden. Das kann sich niemand mit demokratischem Verantwortungsgefühl wünschen. Leider muss man feststellen, dass etliches, was als modellhafte Partizipation in der Öffentlichkeit herumgereicht wird, wenig mit der genuinen Intention basisdemokratischer Mitbestimmung zu tun hat. Oft sind es Formen der Eigentümer-Mitbestimmung, die man anpreist. Dabei müsste es in einem Gesellschaftssys-

⁴ Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt am Main 1981

tem in dem das Privateigentum quasi in der Werteskala einen ganz hohen, wenn nicht den höchsten Stellenwert einnimmt, selbstverständlich sein, dass Menschen über ihr Privateigentum verfügen dürfen und können. In manchen Bereichen allerdings gibt es schon fast eine Zweiklassen-Gesellschaft, was die Mitbestimmung betrifft. Hier seien zwei Beispiele genannt: MieterInnen haben kein Recht auf Parteienstellung bei Bauvorhaben in der Nachbarschaft – sie haben nicht einmal ein Recht auf Information darüber, EigentümerInnen haben beides sehr wohl. Das erscheint wie die letzten Überreste des Zensuswahlrechts, im Habsburgerstaat, wo nur derjenige Vollbürger war, der auch einen entsprechenden (Immobilien-) Besitz hatte bzw. eine Mindeststeuer bezahlte. Einer demokratischen Republik ist ein solcher Zustand eigentlich unwürdig. MieterInnen haben in Wien ohne Zustimmung des Hausbesitzers nicht einmal das Recht, einen Bauplan ihrer Wohnung von der Behörde zu bekommen. Mittlerweile werden auf Baustelleneinrichtungen ausgehängte Baubescheide dahingehend „anonymisiert“, dass nicht mehr zu erkennen ist, wer die Firma ist, die das Bauvorhaben durchführt und die Bewilligungsträgerin ist. Damit wird die, an sich legitime, Möglichkeit drohende Beeinträchtigungen der Wohnqualität in der Nachbarschaft abzuwehren, deutlich eingeschränkt. Denn der Zugang zur umfassenden Information ist die Voraussetzung für Partizipation. Nicht zuletzt deshalb sind das Amtsgeheimnis und der oft damit verbundene falsch verstandene Datenschutz ins Gerede gekommen. Eine Verbesserung des Status Quo, obzwar nur in scheinbaren administrativen Nebensächlichkeiten, ist das nicht. Es ist das Gegenteil. Denn der Teufel steckt wie erwähnt im Detail.

Transparenz ist die Basis für jegliche Partizipation. Ohne sie ist auch Demokratie nicht möglich. Es ist ja auch kein Zufall, dass Glasnost auch das seinerzeitige Motto Gorbatschows war, beim Versuch die damalige Sowjetunion in ein demokratisches Staatswesen umzuwandeln. Information und Transparenz ist aber keineswegs mit Partizipation gleichzusetzen, beides sind notwendige, aber keineswegs hinreichenden Bedingungen, um von Partizipation sprechen zu können. Sogar in zeitgenössischen Fachpublikationen wird das teilweise leider nach wie vor gleichgesetzt.

Information muss auch ein Element der Deliberativen Demokratie sein. Auf sie, die in die Gegenrichtung von formaldemokratischen Mehrheitsentscheidungen weist, möchte ich weiter unten noch zurückkommen. Vielfach wird der Begriff direkte Demokratie auf das vielzitierte Schweizer Muster eingeeengt. D. h. es gibt Volksabstimmungen bzw. andere Formen von Plebisziten oder Referenden. Und sonst eher nichts. Referenden beinhalten eine Reihe von Problemen bzw. können diese zumindest beinhalten. So wird von den Referendums-Skeptikern oft die Todesstrafe als Argument angeführt dafür, dass es eben Themen gäbe, über die man das Wahlvolk nicht abstimmen lassen dürfte. Auch ein Schweizer Beispiel ist hier zu nennen, wo eine Mehrheit sich für Regelungen in Bezug auf AusländerInnen ausgesprochen hat, die geltenden internationalen Verträgen zuwider laufen, was nicht nur für das Land selbst durchaus problematisch ist und dessen Regierung und Parlament in eine Zwickmühle gebracht hat. Die Frage nach der Verbindlichkeit solcher Abstimmungen wird dadurch thematisiert. Kann man solange abstimmen lassen, „bis das Ergebnis stimmt“? Auf diese Frage kann es sicher keine letztgültige Antwort geben. Aber auch Österreich hat es in jüngerer Vergangenheit Befragungen gegeben, die nicht unumstritten waren. Eine auf kommunaler Ebene, darüber ob die Mariahilfer Straße FußgängerInnenzone werden soll oder nicht. Im Vorfeld der Befragung hat es ein politisches Tauziehen darüber gegeben, ob überhaupt befragt werden soll und wenn ja, wann, wer befragt werden soll und wie die Fragestellungen lauten sollen. Die Grünen als Ressortverantwortliche Regierungspartei erwiesen sich hierbei als erstaunliche Bremser. Wiewohl die Befragung letztlich für eine Fuzo ausging, konnte sie nur gegen den inhaltlichen Widerstand der Umweltpartei durchgesetzt werden. Sie setzte auf Workshops (die werktags untertags stattfanden) mit Interessierten. In-

wieweit diese für die Bevölkerung repräsentativ waren und was mit den Ergebnissen daraus geworden ist blieb vielfach im Dunkeln. Das sind allerdings lauter Aspekte, die bei professionell gestalteter Partizipation keinesfalls vernachlässigt werden dürfen, da sie nicht nur für ihre Qualität ausschlaggebend sind, sondern ein wesentliches Vertrauensbildendes Element darstellen.

Das zweite Beispiel, das ich erwähnen möchte, ist die Befragung zur Wehrpflicht in Österreich. Auch hier gab es im Vorfeld ein parteipolitisches Hickhack, ob überhaupt befragt werden soll und vor allem darüber, wie die Fragestellungen lauten sollen. Diese wurden dann in den Hinterzimmern der Regierungskoalition ausgehandelt. Mit dem Ergebnis, dass zwar nach dem Verbleib von Präsenz- und Zivildienst gefragt wurde, die grundsätzliche Frage der Sinnhaftigkeit einer militärischen Landesverteidigung Österreichs überhaupt, jedoch ausgeklammert blieb. Absurder Weise wurde die mediale Debatte dann darüber geführt, dass darüber abzustimmen wäre, ob es in Österreich noch einen Zivildienst geben soll oder nicht. Diejenigen, die noch kurz zuvor Zivildienner als „Drückeberger“ verunglimpft hatten, entdeckten nun plötzlich ihr Herz für die Wehrdienstverweigerer, vor allem aber für deren billiger Arbeitskraft.

Beide Beispiele zeigen wie wichtig die Formulierung der Fragestellung und in Fällen wie der Wiener Mariahilfer Straße, auch der Zeitpunkt der Befragung, aber auch die Festlegung der Zielgruppe ist. Die Intention echter Partizipation, die auch das Vertrauen der BürgerInnen in die Demokratie und ihre Instrumente aufbauen und stärken möchte, muss all dieses berücksichtigen. Und hierbei gibt es jede Menge Bedarf an Bewusstseinsbildung, nicht nur bei den politischen EntscheidungsträgerInnen, sondern auch in der Fachöffentlichkeit.

Ich komme hier wieder auf die Deliberative Demokratie zurück. Hier steht einerseits das Gespräch – besonders das face-to-face – nach wie vor im Mittelpunkt. Der Meinungsaustausch soll hier in der Weise erfolgen, dass Entscheidungen gemeinsam im Konsens getroffen werden können. Voraussetzung dafür ist, dass das gruppensdynamische Setting „stimmt“. Die Anzahl der TeilnehmerInnen an der Gesprächsgruppe darf nicht zu groß sein – sie liegt m. E. bei allerhöchstens 15 Personen, damit jedEr auch ernsthaft die Möglichkeit hat zu Wort zu kommen und gehört zu werden. Keine/r der Beteiligten darf das Gefühl haben hinters Licht geführt zu werden, jede/r muss die Möglichkeit haben seine Standpunkte gleichwertig in den Dialog einbringen zu können und gehört zu werden. Niemand hat Anspruch auf eine Privilegierung ihres/seines Standpunkts. Weniger kommunikativ Kompetente müssen unterstützt, Gesprächsdominierende eingebremst werden. Niemand darf Angst haben müssen, ihre/seine Meinung zu äußern. Wobei das nicht Zwangsläufig bedeutet, dass diese dann Schlussendlich auch 1 : 1 in ein gemeinsames Ergebnis einfließen muss; sie darf und kann es jedoch. Deliberative Demokratie ist die Anwendung des Herrschaftsfreien Dialogs, wie er von Jürgen Habermas beschrieben wird, zumindest aber der Versuch der weitest gehenden Annäherung an ihn. Ebenso bedeutet das, das Praktizieren der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg. Die problematische Kehrseite dieses Polylog- und Austauschorientierten Verfahrens ist seine unbestimmte Dauer. In einer Gruppe einen Konsens finden zu können, bedarf mitunter einer Engelsgeduld und sehr viel Zeit. Diese Zeit, das entsprechende „Sitzfleisch“ und auch die dabei notwendige kommunikative Kompetenz oder – besser gesagt – Performanz entscheidet hier über die Chancen der Durchsetzung der jeweiligen Interessen. Diese Fähigkeiten unterliegen leider nicht der Gauß'schen Gleichverteilung in der Bevölkerung. Wir sehen: Weder plebiszitäre noch Deliberative Formen der direkten Demokratie bzw. Partizipation sind „alleinseligmachend“. Abzulehnen sind allerdings beide a priori deshalb nicht. Die Vor- und Nachteile des jeweiligen Beteiligungsformats zu kennen und angemessen handhaben zu können, macht Professionalität in diesem Bereich aus. Zumeist wird es ein mehr oder

weniger kreativer Mix aus Methoden sein, die je nach Sachbezug, Problemstellung und Umfang des Partizipationsgegenstands zum Tragen kommen. Das hätte etwa für das Beispiel Wehrpflichtbefragung bedeutet, dass im Vorfeld die Fragestellungen – sagen wir – in repräsentativ ausgewählten und professionell moderierten Fokusgruppen erarbeitet werden hätten können. Wobei natürlich das Prinzip Transparenz in jeder Phase des Verfahrens Gültigkeit haben muss. Im Übrigen ist das ein wesentliches Unterscheidungs- und Alleinstellungsmerkmal der Gemeinwesenmediation – von der eine spezifische Ausprägung ich hier beschreibe – von anderen Formen der Mediation, bei denen die Vertraulichkeit das wesentliche Prinzip ist, da sie ja jedenfalls in diesem Punkt einer anderen Handlungslogik folgen (müssen). Wie diese Transparenz im jeweiligen konkreten Fall herzustellen und zu handhaben ist, muss auch immer thematisiert und integraler Bestandteil eines solchen gemeinwesenmediatorischen Verfahrens sein.

Nicht nur Fokusgruppen sind ein mögliches Element der Partizipation, sondern sicherlich auch was Peter Dienel als „Planungszelle“⁵ entwickelt hat. Wobei – wir sollten auf den Ausgangspunkt der Fokusgruppen zurückkommen – hier liegen noch viele ungehobene Schätze, was den Methodenfundus der direkten Demokratie, insbesondere deren Deliberativen Ausformung, betrifft. Die Idee der BürgerInnenräte hat sich von der „Planungszelle“ die wesentlichen gedanklichen Anleihen genommen. Sie steht gleichsam auf ihren Schultern. Allerdings ist dieses Konstrukt (wie es etwa in der Vorarlberger Landesverfassung festgeschrieben ist) quasi eine stark „abgespeckte Schmalspurversion“ des Dienel-Modells. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden ist, dass bei der Planungszelle streng darauf geachtet wird, zumindest annäherungsweise eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung zu haben. Das wird u. a. damit erreicht, dass man den TeilnehmerInnen ein GutachterInnen-Honorar auszahlt, nicht nur aber auch, um sicher zu stellen, dass ebenso besser Verdienenden teilnehmen, die sonst wegen ihres Verdienstentgangs vermutlich nicht kommen würden. Beim BürgerInnenrat ist eine Bezahlung der TeilnehmerInnen nicht vorgesehen, was daher zu einem sozialen Bias führt. Die TeilnehmerInnenanzahl ist auch deutlich kleiner, als beim qualitativ hochwertigem „Vorbild“. Bei den BürgerInnenräten kann – im Unterschied zur Original-Variante – deren Ergebnis in der Folge durch sogenannte Bürgercafés gleichsam neutralisiert oder gar konterkariert werden. Zufälligkeiten des anwesenden Personenkreises ist hier einerseits Tür und Tor geöffnet und auch die politischen EntscheidungsträgerInnen können sich dann je nach Belieben, das ihnen Genehmere auswählen. Das ist vermutlich für das Wahlvolk auf Dauer keine befriedigende Prozedur und daher nicht immer dazu geeignet Akzeptanz zu generieren. Der Vorteil soll aber nicht unerwähnt bleiben: Es geht schneller und ist deutlich billiger, als andere Verfahren.

Referenden und Plebiszite

Abschließend möchte ich noch einige Überlegungen zur Optimierung von Referenden/Plebisziten anstellen. Hier taucht immer wieder das Problem der „Wahl“-Beteiligung auf. Es besteht die Gefahr, dass bei einer sehr geringen Beteiligung nur diejenigen teilnehmen, die besonders für ein Thema engagiert sind. Die Gefahr ist, dass eine Minderheit über eine Mehrheit entscheidet. Dem ist einerseits damit beizukommen, dass für die Gültigkeit eines Ergebnisses ein Prozentsatz einer Mindestbeteiligung festgelegt wird, also etwa 50%. Aber in besonders heiklen Themenstellungen könnte diese Mindestbeteiligung durchaus noch höher sein. Ergänzend oder aber auch unabhängig davon, kann auch bei sehr sensiblen Fragestellungen eine Qualifizierte Mehrheit notwendig sein – etwa 2/3 oder sogar bei besonders gravierenden Fragen 4/5. Solche qualifizierten Mehrheiten sind ja auch bei reprä-

⁵ Peter C. Dienel: Die Planungszelle. Der Bürger als Chance, Wiesbaden, 5. Auflage 2002

sentativ-demokratischen parlamentarischen Abstimmungen aus ähnlichen Erwägungen vorgesehen. Auch die Einführung einer „Wahl“-Pflicht bei wesentlichen Fragen kann in Erwägung gezogen werden.

Eines sollte im Vorfeld von Referenden/Plebisziten verpflichtend sein: Die Klärung der Fragestellung durch eine breite gesellschaftliche Debatte, die methodisch gut aufbereitet geführt werden muss/soll. Das Herstellen von Öffentlichkeit spielt dabei eine besonders wichtige Rolle und darf nicht lediglich demagogischen politischen Strömungen oder dem medialen Boulevard überlassen bleiben. Es gibt ausländische Beispiele dafür, dass die verschiedenen Stakeholder Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Medien zu Verfügung gestellt bekommen. Wobei das Herstellen von Öffentlichkeit in Zeiten des Internets und der Social Media prima vista gar nicht besonders schwierig zu sein scheint. Doch die Meinungsbildung im Netz steckt noch in den Kinderschuhen und ist erst dabei sich, besonders was nationale und lokale Fragen betrifft, zu emanzipieren. Und erst in jüngerer Vergangenheit hat es Beispiele in Österreich gegeben, wo durch Parteien bzw. auch große Firmen über Agenturen mit gefälschten Accounts versucht wurde, die Debatten in den Internetforen zugunsten der Auftraggeber zu beeinflussen. Auch das zeigt, dass das Herstellen friedlicher „Waffengleichheit“ immer wieder aufs Neue erfolgen muss. Es gibt jedenfalls noch sehr viel zu tun. Ich setze nicht nur alle Hoffnung, sondern auch mein Wissen und Können darauf, dass die helle Seite der Macht – die demokratische, rechtsstaatliche, soziale und emanzipatorische – sich gegen die dunkle – die autoritäre, ausbeuterische und gewalttätige – durchsetzen wird.